



Bundestags- brief

Nr.266 •Die Woche im Bundestag• 24.04.2020



**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.:030/227 70222
Fax:030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Corona: tatkräftig und besonnen agieren!

In den vergangenen Wochen haben die Bürgerinnen und Bürger mit ihrem disziplinierten und verantwortungsvollen Verhalten dafür gesorgt, dass die Maßnahmen und Regelungen zur Bekämpfung des Corona-Virus' erste Erfolge gezeigt haben. Ihnen ist es maßgeblich zu verdanken, dass unser Land glimpflich durch die erste Welle der Epidemie gekommen ist und unser Gesundheitssystem die erste Belastungsprobe bestanden hat. Dafür gilt Ihnen allen auch mein herzlicher Dank.

Wir haben wertvolle Zeit gewonnen, um die Kapazitäten im Gesundheitssystem weiter zu erhöhen und unsere Strategie im Umgang mit der Epidemie weiterzuentwickeln. Dazu gehört natürlich auch die Frage, ob und wie wir erste Lockerungen der strikten Regelungen nun umsetzen. Ich freue mich, dass die Bundeskanzlerin hier mit den Regierungschefs der Länder einen gemeinsamen Rahmen gefunden hat, der gleichzeitig föderale Akzentuierungen nicht ausschließt.

Ich bin überzeugt, dass die ersten Schritte wohlüberlegt sein und sehr behutsam erfolgen müssen, um schwere Rückschläge zu vermeiden. Denn es ist ganz klar, dass wir uns nicht am Ende der Epidemie befinden, sondern noch viele Monate damit leben werden müssen. Deshalb gilt es nun, einen verantwortungsvollen Umgang zu finden, der gesellschaftliche Bedürfnisse berücksichtigt, aber das grundsätzliche Primat des Gesundheitsschutzes weiterhin nicht in Frage stellt.

Verantwortungsvolle Lösungen zu finden, ist eine schwierige Aufgabe, die nicht über Nacht zu leisten ist und die von uns allen Geduld und Augenmaß erfordert. Ich kann sehr gut verstehen, dass dies gerade für viele Künstler und Kreative schwierig ist, auch wenn viele diese schwierige Zeit für die Entwicklung neuer digitaler Angebote genutzt haben.

Trotzdem müssen viele Künstler und Kreative zum Beispiel auf lange geplante Ausstellungen, Auftritte und damit eben auch oft sehr wichtige Einnahmen verzichten.

Die Soforthilfen des Bundes unterstützen die vielen kleineren Unternehmen der Kultur und Kreativbranche wirksam, und dank des Sozialpakets können auch persönliche Lebensumstände in deutlich vereinfachten Verfahren zügig abgesichert werden. Darüber hinaus haben inzwischen auch viele Bundesländer eigene Programme auf den Weg gebracht, die ganz gezielt auf die Bedürfnisse der in der Kultur- und Kreativbranche tätigen Menschen unseres Landes abgestimmt sind. Als Bundesregierung überprüfen wir beständig diese nun eingerichteten Hilfsmechanismen und werden sie gegebenenfalls auch nachjustieren.

Darüber hinaus bemühen wir uns parallel um die Erarbeitung einer Exit-Strategie und der Entwicklung einer Perspektive für den Kulturbereich auch in Zeiten der Corona-Epidemie. Die jüngste Übereinkunft von Bund und Ländern über die Öffnung von Buchläden, Bibliotheken und Archiven ist ein erster Lichtblick. Ein nächster denkbarer Schritt könnte dann - immer unter dem Vorbehalt einer positiven Gesamtentwicklung der Epidemie - die Öffnung von Museen unter Wahrung der Abstands- und Hygieneregeln sein.

Die vorsichtige und behutsame Erprobung neuer Zugangsregelungen sowie die kontinuierliche Einübung neuer Verhaltensmuster werden dabei auch im Kulturbereich eine wichtige Rolle spielen. Unverzichtbar ist es aber, dass wir als mündige Bürgerinnen und Bürger auch weiterhin unserer großen Verantwortung nachkommen und Abstands- sowie Hygieneregeln im persönlichen Austausch diszipliniert einhalten. Denn nur dann wird die Corona-Epidemie auch in Zeiten größeren gesellschaftlichen Austauschs beherrschbar bleiben.

Corona: Deutschland steht zu seiner europäischen Verantwortung

Für den sozialen und wirtschaftlichen Neustart in Europa brauchen wir pragmatische, rechtssichere und schnell wirkende Lösungen.

Deutschland ist sich seiner Verantwortung für Europa bewusst, auch in der Krise. Wir haben wiederholt ausländische Intensiv-Patienten aufgenommen und liefern medizinische Hilfsgüter und Beatmungsgeräte an unsere europäischen Partner.

Auch in „normalen Zeiten“ sind wir solidarisch. Wir schultern ein Viertel des gesamten EU-Budgets und sind u.a. größter Garantie- und Kapitalgeber für die europäischen Rettungsschirme, ohne selbst Mittel aus diesen Fonds zu beanspruchen. Diese gelebte Solidarität wird von einer breiten Mehrheit der deutschen Bevölkerung getragen.

Wir sind weiteren notwendigen Schritten zur Krisenbewältigung gegenüber aufgeschlossen. So konnten im europäischen Haushalt kurzfristig Hilfen in Milliardenhöhe mobilisiert werden. Es gibt Vorschläge, die Europäische Investitionsbank mit einem neuen Garantiefonds für kleine und mittlere Unternehmen auszustatten. Zusätzlich könnte ein neues europäisches Kurzarbeitergeldprogramm Arbeitsplätze in ganz Europa schützen.

Schließlich stünde auch der Europäische Stabilitätsmechanismus mit vorsorglichen Kreditlinien zur Finanzierung zielgenauer nationaler Maßnahmen in besonders betroffenen Mitgliedstaaten bereit.

Alle diese Vorschläge sind Optionen, die eine starke europäische Handlungsfähigkeit demonstrieren. Deutschland ist bereit, die notwendigen Grundlagen für eine schnelle wirtschaftliche Erholung Europas zu legen – aber immer im Rahmen der geltenden europäischen Verträge.

Wunsch nach Rückkehr zu parlamentarischer Normalität

Wir mussten in den vergangenen Wochen schnell und pragmatisch handeln. Die Exekutive stand auch medial sehr im Vordergrund, aber das ist kein Dauerzustand.

Der Deutsche Bundestag kontrolliert die Exekutive und diese Kontrolle nehmen wir auch in historischen Krisenzeiten sehr ernst.

Der Deutsche Bundestag und die Fraktionen besitzen Vorbildcharakter für die gesamte Gesellschaft. Wir werden unsere parlamentarischen Abläufe in dem Maße normalisieren können, in dem auch die Gesellschaft insgesamt wieder in den Normalbetrieb kommt. Für das Wiederhochfahren unserer Gesellschaft brauchen wir die gleiche Geduld und Disziplin wie für das erfolgreiche Senken der Infektionsgeschwindigkeit in den vergangenen Wochen. Wenn uns das gelingt, dann glückt uns auch dieser wirtschaftliche und soziale Neustart.

Als Parlamentarier bleibt unser Ziel die möglichst baldige Rückkehr zu unseren bewährten Routinen und Verfahren.

Erstmals mehr als 150 Millionen Reisende im Eisenbahn-Fernverkehr

2019 stieg die Zahl der Fernverkehrsreisenden mit Eisenbahnen überdurchschnittlich an. Mit 151 Millionen Personen nutzten mehr Reisende als jemals zuvor die Bahn – eine weitere Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 1,9 Prozent.

An der Gesamtbilanz der Fahrgastbeförderung mit Bussen und Bahnen, hat der Fernverkehr allerdings nur einen geringen Anteil. Über 11,6 Milliarden Mal waren Fahrgäste im Jahr 2019 im Nah- und Fernverkehr des Linienverkehrs mit Bussen und Bahnen in Deutschland unterwegs, von diesen 11,4 Milliarden im Öffentlichen Personennahverkehr.

Das entspricht durchschnittlich fast 32 Millionen Fahrten pro Tag und einem Anstieg von 0,4 Prozent zum Vorjahr. 2019 hat sich damit der kontinuierliche Anstieg der Fahrgastbeförderung im 15. Jahr in Folge weiter fortgesetzt.

Die Folgen der Corona-Pandemie werden den langfristigen Trend kaum brechen, selbst wenn mit erheblichen Einbrüchen bei den Passagierzahlen für 2020 zu rechnen ist.

(Quelle: Destatis)